



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

2/SN-194/ME

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

An das

Präsidium des
NationalratesBitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.Parlamentsgebäude
1017 w i e n

Z1 839-01/89

Betrifft	GESETZENTWURF
Z	19 - GE 89
Datum:	10. APR. 1989
Verteilt	14. April 1989

Betrifft: Entwurf einer 49. Gehaltsgesetz-
novelle und Entwurf einer BDG-
Novelle 1989, do GZ 921 000/1-
II/A/1/89 und 920 196/1-II/A/6/89
vom 1. März 1989

St. Pöschner

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof, 25 Ausfertigungen
seiner Stellungnahme zu den im Gegenstand angeführten Entwürfen
zu übermitteln.

Anlagen

6. April 1989

Der Präsident:

B r o e s i g k e

Für die Richtigkeit
der Aufzeichnung:



Rechnungshof

RECHNUNGSHOF

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

An das

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 W i e n

Z1 839-01/89

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Betrifft: Entwurf einer 49. Gehaltsgesetz-
novelle und Entwurf einer BDG-
Novelle 1989, do GZ 921 000/1-
II/A/1/89 und 920 196/1-II/A/6/89,
vom 1. März 1989

Der RH bestätigt den Erhalt der ggstl Gesetzesentwürfe und nimmt
dazu wie folgt Stellung:

Die Einbeziehung der Beamten des Verwaltungsdienstes der Post- und
Telegraphenverwaltung in die Besoldungsgruppe der Beamten der Post-
und Telegraphenverwaltung wird grundsätzlich befürwortet.

Hinsichtlich der Angabe der Kosten wird jedoch bemerkt, daß gem § 14
Abs 1 BHG jedem Entwurf für ein Bundesgesetz eine Stellungnahme zu
den finanziellen Auswirkungen anzuschließen ist, aus der insb hervor-
zugehen hat,

1. ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen Vor-
schriften voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verursachen
wird;
2. wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des laufen-
den Budgetprognosezeitraumes zu beziffern sein werden;
3. aus welchen Gründen diese Ausgaben notwendig sind und wel-
cher Nutzen hievon erwartet wird;
4. welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht
werden.

- 2 -

Den Erfordernissen des § 14 BHG wird nach Ansicht des RH durch die im Vorblatt erfolgten Angaben zu den Kosten nicht vollständig Rechnung getragen. Insb erscheinen dem RH die Ergebnisse der Gemeinkostenanalyse nicht nachvollziehbar. Aus ergänzenden, von der Generaldirektion für die PTV beschafften Unterlagen ist jedenfalls ersichtlich, daß die erwarteten Einsparungen (jährlich 90,1 Mill S) nicht verwirklichtbar sind. Nach Ansicht des RH sind im Jahre 1990 Einsparungen von lediglich rd 66 Mill S möglich. Weitere Einsparungen von rd 26 Mill S jährlich sind erst durch die Senkung des künftigen Pensionsaufwandes aufgrund eines gesenkten Personalstandes zu erwarten, welche jedoch frühestens in etwa zehn bis 20 Jahren wirksam werden wird.

Zum Art I Z 2 (§ 82 a Abs 5 und 6):

Wie aus den Erläuterungen zu § 82 a Abs 5 und 6 hervorgeht, sollen die für bestimmte leitende Bedienstete der PTV vorgesehenen Fixbezüge von 79 000 S bzw 75 000 S monatlich nur den gem § 230 a BDG 1979 (im Entwurf) auf jeweils fünf Jahre ernannten Funktionsträgern zukommen. Diese Einschränkung ist jedoch dem Entwurf des § 82 a Abs 5 und 6 GG 1956 nicht zu entnehmen. Dadurch würden aufgrund des vorgesehenen Wortlautes auch die derzeit noch unbefristet bestellten leitenden Bediensteten in den Genuß der erhöhten Bezüge kommen. Da dies aufgrund der Erläuterungen zu dieser Bestimmung nicht beabsichtigt erscheint, sollte eine entsprechende Übergangsregelung geschaffen werden.

Zum Art I Z 3 (§ 82 c Abs 2):

Gem dieser vorgesehenen Bestimmung sollen sämtliche Referenten in der Generaldirektion für die PTV, die im Rahmen der Besoldungsgruppe der Beamten der allgemeinen Verwaltung derzeit in die Verwendungsgruppe B eingestuft sind, in die Verwendungsgruppe PT2, Dienstzulagengruppe 1b, übergeleitet werden. Diese Einstufung, die in nachgeordneten Bereichen nur akademisch ausgebildeten Bediensteten sowie ganz wenigen Bediensteten mit Maturaniveau zuerkannt wird, erscheint

- 3 -

dem RH im Hinblick auf das Anforderungsprofil einzelner Referentenarbeitsplätze nicht für sämtliche B-Beamte der Generaldirektion vertretbar. Die Überleitung dieser Bedienstetengruppe sollte in Anlehnung an die Vorgangsweise in den Post- und Telegraphendirektionen erst nach einer entsprechenden Wertigkeitsfeststellung der jeweiligen Arbeitsplätze erfolgen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden ue 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

6. April 1989

Der Präsident:

B r o e s i g k e

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
Heck